

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt Tags vorher nachm. 4 Uhr. Abonnements-Preis vierteljährlich 1.50 Mk., monatlich 1 Mk., 1 monatlich 50 Pf. Einzelne Nummern 10 Pf.

Alle Kaiserlich, Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen stets Bestellungen auf die „Sächsische Elbzeitung“ an. Tägliche Roman-Beilage. Sonnabends:

„Annotierte Unterhaltungsblatt“.

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht, das Königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadgemeinderat zu Hohnstein.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Lehmann, Schandau. — Druck und Verlag: Egler & Zeuner Nachf.

Anzeigen, bei der weiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montag, Mittwoch und Freitag bis spätestens vormittags 9 Uhr anzugeben. Preis für die 5 gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. (tabelarische und komplizierte Anzeigen nach Uebereinkunft.) Auswärtige Anzeigen 20 Pf.

„Eingeladene“ und „Reklame“ 50 Pf. die Zeile.

Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Alle 14 Tage: „Saubere, weisse, weiche“

Inseraten-Aannahmestellen: In Schandau: Expedition Hauptstraße 134; in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureaus von Haafenstein & Bogler, Invalidentank und Rudolf Roffe; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Ämtlicher Teil.

Das im Grundbuche für Ostrau, Blatt 27, auf den Namen Emil Friedrich Rudolf Seidig eingetragene Grundstück soll

am 28. Juni 1913, vormittags 9 Uhr

an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 12 Sektar 40,2 Ar groß und einschließlich Zubehör auf 139 800 Mk. geschätzt. Es besteht aus den Flurstücken Nr. 1 d. 2a, 2b, 124, 127, 129, 130, 131, 132, 145, 146, 147, 156 d, 205, 233 des Flurbuchs und ist mit den Wirtschaftsgebäuden, Ortslistennummer 36, und einem Massogehäusengebäude, Ortslistennummer 57, bebaut und liegt auf der Ostrauer Höhe. Die Gebäude sind zur Brandversicherung auf 6140 Mk. und 39 840 Mk. eingeschätzt.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 7. April 1913 verlautbarten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der

Feistellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgeleitet werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Verteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Schandau, den 5. Mai 1913.

Königliches Amtsgericht.

Besichtigung der Lohnfuhrwerke.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Besichtigung der hiesigen Lohnfuhrwerke nächsten

Freitag, den 9. Mai 1913, früh 12 1/2 Uhr

auf dem Marktplatz stattfindet.

Im übrigen verweisen wir auf die Bekanntmachung vom 21. April 1913.

Schandau, am 6. Mai 1913.

Der Stadtrat.

Nichtamtlicher Teil.

Politische Tagesübersicht.

† Der Kaiser traf am Montag kurz vor 8 Uhr zur Eröffnung des Gesangswettstreites vor der Festhalle in Frankfurt ein und wurde trotz des Regens von einer zahlreichen Menschenmenge lebhaft begrüßt. Das Gesehe des Kaisers war auffallend groß.

* Der Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen vollendete gestern, am 6. Mai, sein 31. Lebensjahr. Die Gläubiglinge seines engeren und weiteren Vaterlandes begleiteten ihn in sein 32. Lebensjahr.

† Am Montag nachmittag 4 Uhr fand in Gegenwart des Prinzen Oskar von Preußen der Stapellauf des Linienschiffes „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ auf der Vulkanwerft in Hamburg statt. Prinz Oskar taufte das Schiff „Großer Kurfürst“.

* Zu dem Antritt auf den Großherzog von Baden am Sonntag nachmittag in Mannheim wird jetzt amtlich erklärt, daß es sich bei dem Tapezierer Jung um einen geistig minderwertigen Menschen handelt. Daraus deutet auch der Umstand hin, daß Jung im Oktober v. J. vom Mannheimer Bezirksamt auf seinen Geisteszustand untersucht wurde. Vor dem Vorfall hatte der Mann zehn Glas Bier getrunken. Danach dürfte auch seiner Behauptung, daß er auf den Vorgang bezügliche Briefe aus Berlin erhalten habe, keine große Bedeutung beizumessen sein. Jedenfalls ergab die Untersuchung der Jungschen Wohnung keinerlei Anhaltspunkte für die Richtigkeit dieser Behauptung.

* Worte der Anerkennung zollt die „Nordd. Allg. Ztg.“ der Behandlung der Wehroverlagen durch die Budgetkommission des Reichstages. Das Hauptergebnis der bisherigen Verhandlungen, so sagt das Organ des Reichskanzlers, ist die Anerkennung des Prinzips, das die Vorlage zum Ausdruck bringt: Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien haben ohne Ausnahme diesen Grundsatz als maßgebend angenommen und ihn in einer Reihe von Abstimmungen bestätigt. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bedauert die Streichung von drei Kavallerieregimentern; sie hofft, daß im weiteren Verlaufe der Beratung diese Streichung zurückgezogen wird. Das offiziöse Blatt sagt zum Schluß: „Jedenfalls hat schon die bisherige Aufnahme der Wehroverlage im Parlament und außerhalb bewiesen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes und seiner Vertreter sich den schwerwiegenden Gründen nicht verschließt, die den verbündeten Regierungen die Durchführung der geforderten Rüstungsverstärkung zur unabwiesbaren Pflicht machen gegenüber der Nation und ihrer Zukunft.“

* Die Krupp-Affäre. Obwohl noch die Untersuchung in der Krupp-Affäre schwebt, dauern die Erörterungen über den Fall in unverminderter Schärfe an. Die „Preuß. Jahrbücher“ schreiben u. a.: „Die Firma Krupp und die „Deutschen Munitions- und Waffenfabriken“ haben dem deutschen Volk ein schweres Vergehen bereitet und es vor der gesamten Kulturwelt kompromittiert. Sie sind ihm dafür eine weithin sichtbare Genugtuung schuldig.“ Man kann nur immer wieder darauf hinweisen, daß das Ergebnis der Untersuchung noch aussteht, bis dahin erfordert es auch das nationale Interesse, ein abschließendes Urteil nicht zu fällen.

* Artilleristischer Generalkursus. Am Mittwoch nach Pfingsten, dem 14. d. M., beginnt bei der Feldartillerie-Schießschule in Jüterbog ein Informationskursus für Generale, die aus der Infanterie, Kavallerie und Fußartillerie hervorgegangen sind und mit der besonderen Wirkung der Schwebwaffe im gemischten Verbands be-

kannt gemacht werden sollen. Es nehmen daran teil: 12 preussische Generale, 2 Königl. Bayerische, 2 Königl. Sächsische, 1 Königl. Württembergischer General. Der Kursus dauert bis zum 27. Mai.

* Neue Fahrräder im Herre. Infolge der Bildung von Radfahrercompagnien und der sonstigen Neuformationen ergibt sich ein starker Bedarf an Fahrrädern. Das Gesamterfordernis wird für das preussische Militärkontingent 848 150 Mk. betragen, davon sollen zunächst 442 150 Mk. angefordert werden. Es ist zunächst die Neubeschaffung von 1865 Fahrrädern vorgesehen, von denen 1624 Stück auf die Radfahrercompagnien, 90 Stück auf die 15 neuen Infanteriebataillone und 36 Stück auf die neuen Kavallerieregimenter entfallen. Die übrigen verteilen sich auf die anderen neuen Truppenteile. Für Krankentransport-Autos und deren Unterbringung werden zunächst 264 000 Mk. gefordert.

† Die Eröffnung des Berlin-Stettin Großschiffahrtskanals. Die Kommission, die am Montag den Dammrutsch am Berlin-Stettiner Großschiffahrtskanal besichtigte, konnte feststellen, daß die Arbeiten so schnell beendet sein werden, daß bereits am 1. Juli die feierliche Eröffnung des Wasserweges stattfinden kann.

Oesterreich-Ungarn.

† Man rechnet in Wien mit dem baldigen Rücktritt des Grafen Berchtold, der schon in der allernächsten Zeit bevorstehen soll. Als sein Nachfolger wird außer dem früheren gemeinsamen Finanzminister Baron Burian der jetzige gemeinsame Finanzminister Bilinski genannt.

† Ein evangelischer Geistlicher, Pfarrer Decker in Radbahn, wurde als Abgeordneter für den Landtag in der Bukowina mit 1593 von 1606 Stimmen gewählt. Das ist wohl das erste Mal, daß ein evangelischer Geistlicher zum Landtagsabgeordneten gewählt wurde. Dem Wiener Herrenhause haben übrigens früher, als Oesterreich noch nicht so slavisch-kerikal regiert wurde wie jetzt, hochgestellte evangelische Geistliche angehört, z. B. Sup. Dr. Haase in Teschen.

† In ungarischen Abgeordnetenhaus wurde gestern eine Regierungsvorlage eingebracht, die auf Grund eines zwischen dem ungarischen Finanzministerium den österreichischen Skota-Werken in Pilsen und den Krupp-Werken in Essen am 21. April abgeschlossenen Vertrages die Errichtung einer ungarischen Kanonenfabrik in Raab fordert. Die Aktienmehrheit übernimmt der Staat. Die Krupp-Werke erhalten als Entgelt für die Verleihung ihrer Patente und für verschiedene technische Leitungen rund 1 Million Kronen.

Schweiz.

† Jetzt halten in Zürich auch Frauen ihren Einzug in die Schulbehörden, indem sechzehn Damen in die städtische Schulvorsteherchaft gewählt wurden, darunter die Tochter des Reichstagsabgeordneten Bebel, Frau Dr. Simon, und Frau Raga, die Gattin des amtierenden Theologieprofessors.

Schweden.

† Die Polizei verhaftete in dem schwedischen Seebad Gustavsburg zwei russische Spione, die als herumziehende Scherenscheifer verkleidet waren. In ihrem Besitz fand man eine Anzahl Generalstabskarten und Pläne der neuen Stockholmer Befestigungen und der neuen Befestigungsanlagen Ostergotland und Wärmland.

Portugal.

* Etwa 100 Offiziere, Unteroffiziere und Zivilisten, die als Schuldige an den Ereignissen des Sonntags festgenommen worden waren, sind auf dem als Hilfskreuzer verwendeten Packetboot „Cabo verde“ nach

Angra (Azoren) eingeschifft worden war, wo sie abgeurteilt werden sollen. Andere, deren Schuld noch nicht feststeht, bleiben in Lissabon, wo sie entweder freigelassen oder in der Festung gefangen gesetzt werden sollen. Unter ihnen befinden sich zwei Kapitäne.

Zur Balkanfrage.

— Noch in letzter Stunde vor der ihm drohenden europäischen Exekution hat sich König Nikita von Montenegro entschlossen, den Forderungen der Mächte in der Skutarifrage endlich nachzugeben und auf Skutari zu verzichten. In einem am letzten Sonntag in Cetinje abgehaltenen außerordentlichen Kronrat, welchen König Nikita präsidierte, wurde nach stürmischen Beratungen beschlossen, daß Montenegro einlenken solle. In diesem Sinne sprachen sich wenigstens die anwesenden hohen Militärs in ihrer Mehrheit aus, während die Minister merkwürdigerweise gegen ein Nachgeben Montenegros waren. König Nikita entschied sich für die Meinung seiner Generale, und das Kabinett Martinowitsch gab infolgedessen seine Demission, die vom König auch angenommen wurde. Die Skutarifrage hat sich nunmehr für die Votschaster-Konferenz im allgemeinen erledigt; es bleiben nur die Formalitäten zu regeln, unter denen Skutaria den Mächten zu übergeben ist. Im weiteren wird sich die Votschaster-Konferenz mit der albanischen Frage beschäftigen.

† Oesterreich und Italien haben den Plan aufgegeben, durch eine militärische Aktion nach Albanien die Ordnung im Lande wiederherzustellen. Dieser Verzicht dürfte nicht zum mindesten auf den Einfluß Bulgariens zurückzuführen sein. Die Nachricht, daß nicht nur die Aktion gegen Skutari, sondern auch die gemeinsame Aktion Oesterreichs mit Italien in Albanien vollständig fallen gelassen worden ist, erregt in den weitesten Kreisen des österreichischen Volkes großes Aufsehen. Die plötzliche Wendung der Dinge begründet man offiziell nicht nur mit der Nachgiebigkeit des Königs von Montenegro, der dem österreichischen Befanden gegenüber weitgehende Erklärungen abgegeben haben soll, als auch mit den Mitteilungen Sir Edward Greys, aus denen hervorgeht, daß die Nachrichten über das Vorgehen Essad Paschas amtlich nicht bestätigt seien und von der türkischen Regierung nicht ernst genommen werden. Es fehle daher auch jede Handhabe für ein selbständiges Vorgehen Oesterreichs in Albanien.

† Die Votschasterkonferenz vertagt. Die am Montag in London abgehaltene zweistündige Konferenz der Votschaster ist wiederum ergebnislos verlaufen und wurde auf Donnerstag vertagt. Wie verlautet, haben die Votschaster die Mitteilung König Nikitas, daß er das Schicksal Skutaris in die Hände der Mächte lege, offiziell zur Kenntnis genommen. Daraufhin beschlossen sie, zunächst weitere Instruktionen ihrer Regierungen abzuwarten.

— Montenegro wünscht die Unabhängigkeit Albaniens. Der Vertreter Montenegros auf der Pariser Balkanfinanzkonferenz erklärte dem Berichterstatter der „Temps“, daß er seit Tagen die Nachricht von der Räumung Skutaris erwartet habe. Nunmehr müsse die Londoner Votschasterkonferenz sofort ein internationales Truppenkontingent nach Albanien entsenden, damit der Ausbruch der Anarchie in Albanien vermieden werde. Wenn die Großmächte gemeinsam vorgingen, dann werde nicht nur Montenegro die Auslieferung Skutaris nicht bedauern, sondern auch Essad Pascha sich zur Unterwerfung gezwungen sehen. Einem vereinzelt Vorgehen